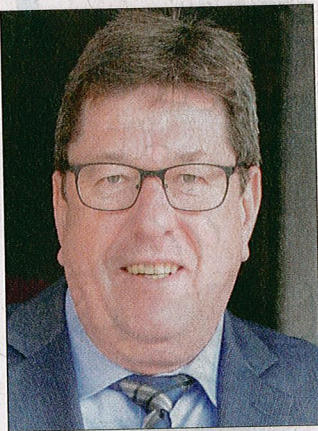


## Bürgermeister: Privatisierung droht

Auricher Rathauschef sieht für eine Zentralklinik in Georgsheil finanziell keine Zukunft



Heinz-Werner Windhorst

sts **Aurich**. Eine Privatisierung der Zentralklinik in Georgsheil wäre sicher: Das ist die Einschätzung des Auricher Bürgermeisters Heinz-Werner Windhorst (parteilos) zum geplanten Neubauprojekt des Landkreises Aurich und der Stadt Emden in der Gemeinde Südbrookmerland. In einem Interview mit den Ostfriesischen Nachrichten warnte Windhorst vor den Folgen einer Schließung der Ubbo-Emmius-Klinik (UEK) in Aurich und Norden. Die Schuldenlast, mit der die

Zentralklinik an den Start gehen würde, werde das neue Krankenhaus erdrücken, so Windhorst.

Der Bürgermeister hält die UEK für sanierungsfähig. Zusammen mit der Auricher Politik und der Norder Amtskollegin Barbara Schlag will er für den Erhalt der bisherigen Standorte kämpfen. Dazu will sich die Stadt Rat von Experten holen: Wie Windhorst ankündigte, sollen Berater des Unternehmens Kienbaum Consultants International das Gutachten der

Firma Bredehorst CMM aus dem Jahr 2013 eingehend untersuchen und die darin aufgezeigten Möglichkeiten zur Sanierung der UEK auf Plausibilität hin überprüfen.

Die Stadt Aurich werde konstruktive Ideen und Kritik öffentlich einbringen, so Windhorst. Damit soll Druck auf den Kreistag und Landrat Harm-Uwe Weber (SPD) aufgebaut werden. „Am Willen der Bürgerinnen und Bürger wird der Kreis nicht vorbeikommen“, sagte Windhorst im Interview. *Seite 5*

# Ostfriesische Nachrichten vom 17.02.2015 „Wir werden uns einmischen“

ON-Interview: Bürgermeister Heinz-Werner Windhorst hält die UEK für sanierungsfähig – und will dem Kreis auf die Finger schauen

VON STEPHAN SCHMIDT

**Aurich.** Der Landkreis Aurich und die Stadt Emden planen gemeinsam den Bau einer Zentralklinik in Georgshell. Dagegen regt sich vor allem in Aurich und Norden Widerstand. Denn die dortigen hochdefizitären Krankenhäuser sollen im Gegenzug geschlossen werden. Aurichs Bürgermeister Heinz-Werner Windhorst spricht mit den ON über eine mögliche Sanierung der UEK und die Rolle der Stadt.

**Ostfriesische Nachrichten: Herr Windhorst, mit einem Wort: Sind Sie für oder gegen die Zentralklinik in Georgshell?**

Heinz-Werner Windhorst: Dagegen.

**Warum?**

Wir haben eine Klinik in Aurich und Norden. Sie ist auf ihre Zukunftsfähigkeit hin untersucht worden ...

**... im Sanierungskonzept der Firma Bredehorst 2013.**

Daraus lese ich Potenzial, das brach liegt. Ich stelle mir die Frage: Was ist umgesetzt worden und was nicht?

**Sie glauben, die Standorte sind wirtschaftlich zu betreiben?**

Ich gehe davon aus, dass ich genau das dem Bredehorst-Gutachten entnehmen kann.

**Gelesen haben Sie es noch nicht?**

Nein, darum habe ich es auch vom Landkreis angefordert. Und ich werde professionelle Hilfe in Anspruch nehmen.

**Von wem?**

Von der Firma Kienbaum Consultants International. Es wird kein weiteres Gutachten geben, aber eine Plausibilitätsüberprüfung. Dafür habe ich seitens der Auricher Politik grünes Licht bekommen. Auszüge aus dem Gutachten sind der Politik schon bekannt. Die besagen: Eine Zukunftsfähigkeit der Standorte Aurich und Norden ist gegeben, wenn entsprechende Maßnahmen durchgeführt werden. Über diese Maßnahmen will ich mich informieren.

**Über den Daumen: Wie viel Prozent der Auricher sind gegen eine Zentralklinik?**

Das lässt sich schwer einschätzen.

**Was sagt Ihr Bauchgefühl?**

Es tut sich einiges an Protest auf. Ich sehe ganz deutlich, dass die Zahl der Gegenstimmen massiv ansteigt.

**Was hätten die Auricher zu befürchten, falls die Klinik nach Georgshell umzieht?**

Es wird zu einer Privatisierung in Georgshell kommen, dessen bin ich mir ganz sicher. Der Kreis wird die finanzielle Bürde nicht tragen können, die durch die Verluste aus der Großklinik, die in Aurich, Norden und Emden und durch die bis da-



Der parteilose Heinz-Werner Windhorst ist seit 2006 Chef im Auricher Rathaus.

Foto: Ferichs

hin aufgelaufenen Schulden der alten Klinikstandorte entstehen. Die Befürchtung ist, dass die Finanzierung, so wie sie pauschal aufgezeigt worden ist, nie und nimmer aufgehen kann. Schulden von insgesamt etwa 200 Millionen Euro werden ins Lastentbuch des neuen Klinikums übernommen. Es ist absehbar, dass damit der Privatistierung Tür und Tor geöffnet wird.

**Landrat Harm-Uwe Weber glaubt offensichtlich nicht daran, dass die UEK saniert werden kann. Was ist, wenn er recht hat: Verbauen Sie mit dem Protest aus Aurich nicht die Chance für einen Neuanfang?**

Die Auricher Klinik ist sanierungsfähig. Das sagt das Bredehorst-Gutachten eindeutig aus. Emden hingegen

ist nicht sanierungsfähig. Der Zusammenschluss passt einfach nicht.

**Sie sehen nicht den Landkreis in der Pflicht, den Emdern aus der Patsche zu helfen?**

Wenn man zwei Kranke zusammenlegt, wird daraus kein Gesunder.

**Was wurde in der Vergangenheit in der UEK falsch gemacht?**

Man hat verpasst, sich genügend zu spezialisieren. Was jetzt getan wird, etwa die Einrichtung des Linksherzkatheter-Messplatzes, hätte schon früher passieren müssen. Man hat fachlich sehr versierte Ärzte gehen lassen und durch Honorarärzte ersetzt. Durch diese ist keine emotionale Bindung von Patienten zur Klinik ent-

standen. Das wird auch in der Ärzteschaft bestätigt.

**Das Argument, dass kleine Krankenhäuser strukturell unterfinanziert sind, lassen Sie nicht gelten?**

Bei der Gewichtung darf man auch diese Frage nicht außer Acht lassen. Das trägt mit Sicherheit zu der Situation bei. Aber ich sage auch ganz deutlich: Die Krankenhäuser in Wittmund und Leer haben eine ähnliche Größe wie die UEK oder sind noch kleiner, und diese sind nicht ins Defizit gerutscht.

**Welche Zweifel haben Sie am Standort Georgshell?**

Es wird so leicht gesagt: Was in Aurich und Norden weggenommen wird, findet sich in Georgshell wieder. Nur wenn die Finanzierung nicht sichergestellt ist, wird

keit zu entziehen, verlustbringende Abteilungen mitzutragen.

**Was gibt Ihnen die Hoffnung, dass der Kreis in der Lage sein wird, die hochdefizitäre UEK weiter zu finanzieren?**

Es gibt Möglichkeiten – in der Organisation, in den betriebswirtschaftlichen Abläufen. Da sehe ich Handlungsraum, das Defizit nach und nach abzubauen.

**Eine dieser Möglichkeiten wäre, doppelte medizinische Angebote und Organisationsstrukturen in Aurich und Norden abzubauen. Angenommen, Sie gewinnen den Kampf gegen die Zentralklinik: Kommt da eine Konfrontation zwischen Aurich und Norden auf uns zu?**

Da sind wir bei der Frage, wie eine Fusion der beiden Krankenhäuser in Aurich und Norden inhaltlich aussieht. Wo sind Einschnitte zu machen, wo sind Schwerpunkte zu bilden? Ich kann es mir gut vorstellen, dass beide Krankenhäuser eine Zukunft haben.

**Sie sprechen von Fusion. Die gibt es doch schon seit mehr als zehn Jahren.**

Auf dem Papier. Aber es gibt bisher keine gelebte, tatsächlich umgesetzte Fusion.

**Sie haben argumentiert, dass Aurich als sogenanntes Mittelzentrum ein Krankenhaus braucht. Aber geht es nicht um Patienten und weniger um Mittelzentren?**

Auf den wirtschaftlichen Schaden hinzuweisen, den eine Verlegung der Klinik nach sich ziehen würde, ist nicht unser Ansatz. Es geht um eine optimierte Betreuung der Patienten – aus medizinischer und wirtschaftlicher Sicht. Meine Norder Kollegin Barbara Schlag hat es gesagt: Der Landkreis Aurich stellt sein eigenes Raumordnungsprogramm auf den Kopf. Das sieht vor, dass zentrale Einrichtungen, die der Versorgung der Bevölkerung dienen, schwerpunktmäßig in Zentren angesiedelt sein sollten. Dabei geht es etwa um Logistik und Zuwegung, also um Infrastruktur.

**Wären Sie schon bei Gesundheitsministerin Cornelia Rundt in Hannover, um gegen die Zentralklinik zu protestieren?**

Der Vorschlag kam von meiner Kollegin Frau Schlag. Den trage ich durchaus mit. Wir werden uns aber vor allem auf das Bredehorst-Gutachten konzentrieren und daraus Vorschläge entwickeln.

**Sie wollen dem Kreis etwas vorschreiben? Steht Ihnen das als Stadt zu?**

Wir werden uns einmischen. Wir werden unsere Kritik und unsere konstruktiven Ideen mitteilen. Wir können dem Kreis zwar nichts vorschreiben, das ist völlig klar. Aber wir können unser Bestes tun, um die Möglichkeiten zu erweitern. Und am Willen der Bürgerinnen und Bürger wird der Kreis nicht vorbeikommen.